

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei den Reichstagswahlen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: 10 Pf. monatlich 1.20 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 1.20 Reichsmark (ohne Aufstellunggebühren) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Reichsstraße 1 und Reichsstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfach 1000 Dresden-2 / 1869
Erscheinungstermine: Montag von 18 bis 19 Uhr allgemeine Sprechstunde Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebe und arbeiterrechtliche Fragen Freitag von 18 bis 19 Uhr literarische Sprechstunde
Anzeigenpreis: Die neuzeit gebräuchteste Non-pressierte oder deren Raum 0.50 RM für Familienanzeigen 0.20 RM für die Restzeit an dem dreifachen Teil einer Zeile 1.50 RM für längere Anzeigen - Ausnahme nachfrage bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnpoststraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Anzeigen besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 14. Dezember 1929

Nummer 290

Einheitsfront von Schacht bis Breitscheid

Gegen die Volksmassen / Der Youngplans wird verschärft / 2 500 000 Erwerbslose in Deutschland / Der ADGB fordert erhöhten Profit für die Ausbeuter / SPD-Provinzpresse beschließt die Enthaltungen der Arbeiterstimme über den Dresdner Polizeistandal

Einig in der Massenausplünderung

Manöver der SPD - Mobilisiert die Arbeitermassen für das Kampfprogramm der Reichskonferenz der Gewerkschaftsopposition gegen den Youngplan

Dresden, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Demokraten und das Zentrum erklärten ihre Zustimmung zu dem Finanzprogramm und auch die Partei der Schwerindustrie, die Deutsche Volkspartei, befandete ihr Einverständnis mit den Regierungsmassnahmen, die sie nur noch verschärft zu sehen wünscht. Der sozialdemokratische Reichstag erklärte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion ebenfalls deren Einverständnis mit dem Finanzprogramm. Die Finanzreform liegt „im Interesse“ der breiten Schichten des schaffenden Volkes. Die Sozialdemokratie sei bereit, an der Finanzreform mitzuwirken. Das gelte auch für das sogenannte Sofortprogramm. Ob jedoch die Voraussetzungen für eine so umfangreiche Steuererhöhung gegeben seien, müsse noch geprüft werden.

Die Rechte hat geflucht. Wie immer in der kapitalistischen Republik, wird dem Verfall der Trutzherrn unter allen Umständen gehorcht. Der Mann im Bürgerlich-sozialdemokratischen Weltwahn um das Memorandum Dr. Schachts, der erklärte, daß das Finanzprogramm der Reichsregierung verschärft werden müsse, damit die deutschen Trutzmagnaten an ihren Profitten keinen Schaden nehmen, meinte nur dann, den Massen einzureden, es sei notwendig, „die deutsche Wirtschaft zu retten“. Das ist die Formulierung, auf die sich bisher immer die Einheitsfront der Volkseinde geschunden hat, mit der jeder Arbeiterbetrug blatt gerechtfertigt wurde. Welche Bedeutung diese „Finanzreform“ entgegen Reichsrats Lüge von dem „Erfolg“ besitzt, geht aus dem daraus hermit, daß die Wahlenhorden erklären, sie lieb einverstanden mit Hilferdings Beschließen, behalten sich aber vor, weitere Forderungen zu stellen nach der Richtung, daß die Steuern der Reichsregierung noch mehr herabgesetzt werden. Die sozialdemokratische Presse hat den ersten Spektakel bei der Verabschiedung von Hilferdings Wahlen gemacht. „Wir sind absolut unzufrieden“, heulten Melodern die „Linken“ in Sachsen. Die ihren Formulierungen war jedoch zu entnehmen, daß sie unzufrieden waren, weil es ihnen zu schwer gemacht wurde, die Wahlen in der kurzen Zeit zu betreiben. Aber aus den bisherigen Erfahrungen, der Vorkampferzeugung, dem Raub von den Erwerbslosen, werden die Massen gelernt haben, daß die „Linken“ genau so wie Schering, Müller und Konsorten unter allen Umständen den Wahlen der Trutzherrn durchzuführen beabsichtigen.

Die Arbeitermassen aber dürfen sich nicht widerstandslos ausplündern lassen. Die Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die Initiative, die wachsende Kampfbereitschaft der Reichsregierung, dort, wo die Partei und die revolutionäre Opposition angeschlossen aufzutreten, sind ein Grundbedingung für die wachsende Einheitsfront der Arbeitermassen. Selbst wenn es sich um die Einheitsfront der Arbeitermassen handelt, wird nicht in der Lage sein, die Gegenoffensive der breiten Massen gegen den Youngplan und diejenigen, die er umzusetzen mit der internationalen Bourgeoisie die Massen bis zum Überleben ausplündern beabsichtigen, aufzuhalten.

Vertrauen der Trutsmagnaten für ihre Diener

Die Reichsregierung für die Massenausplünderung

Berlin, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

In der heutigen Reichstagsitzung wird die Müller-Hilferding-Regierung ihr angeführtes Vertrauensvotum fordern. Die Koalitionsparteien bis in die zweite Morgenstunde verbleiben, haben somit zu einer Einigung geführt. Insofern, als die Koalitionsparteien auf eine bestimmte Formulierung des Vertrauensvotums feilten. Heute werden die Koalitionsparteien die Erklärung nehmen. Der Wortlaut des Vertrauensvotums lautet noch nicht bekannt, doch es ist ohne Zweifel, daß die Koalition der Deutschen Volkspartei, die in geteilter Verantwortung noch einige Einwendungen hatte, wie auch die sozialdemokratische Fraktion dem Vertrauensvotum ihre Zustimmung geben werden. Damit wird die Müller-Hilferding-Regierung die absolute Mehrheit haben, das Hauptprogramm durchzuführen. Die Debatte über das Finanzprogramm in der heutigen Reichstagsitzung wäre beinahe nicht zustande gekommen, da sich keine der Regierungsparteien zu Wort meldete.

Schändlicher Arbeiterbetrug des ADGB im Interesse der Ausbeuter

Berlin, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund veröffentlichten gemeinsam eine Erklärung zur Finanzreform und zum Sofort-Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie. In dieser Erklärung wird es neben einigen unbedeutenden Vorwürfen gegen das Vorhaben schonend kritisiert.

Die Gewerkschaften erkennen stillschweigend die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung an. (11) ... Im

soßen Bewußtsein ihrer Notwendigkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterklasse (!) auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß.

Mit diesen Sätzen unterstützt die sozialistische Gewerkschaftsbürokratie offen die Offenheit des Unternehmertums gegen das Proletariat, die gerade unter den Schlagworten der Notwendigkeit der Kapitalbildung und Rückhalt auf die Gesamtwirtschaft geführt wird. Die sozialistische Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern und der Koalitionsregierung Arm in Arm, das ist der Dreißig des Klassenfeindes, den der Gegenangriff der Arbeiter erschmettern muß.

Er ist zufrieden



Duisberg, der Trutzgewaltige

Reichsregierung und Reichsrat beschließen den Zollraub

Erhöhung der Agrar- und Industriezölle

Von Edwin Hoerster, M. D. R.

Während noch Ende Oktober im Genfer Völkerbundstheater die Schanzler des Wirtschaftsausschusses lutherischer Rechte über die Vorteile eines „Zollwaffenstillstandes“ hielten, dem die Schaffung eines „internationalen Zollfriedens“ folgen sollte, haben hinter den Kulissen in aller Stille die politischen Theaterdirektoren, die großen kapitalistischen Interessengruppen, ihre Vorbereitungen getroffen, um den seit Jahren tobenden Zoll- und Handelskrieg der imperialistischen Mächte auf erhöhter Basis weiterzuführen.

In diesem allgemeinen Zollvertriffen markiert das demokratische Deutschland der Heilmann-Müller-Regierung an der Spitze, Geberken den Befehlen des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der „Grünen Front“ hat die Regierung eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, die nicht nur das alte, seit 1925 bestehende inwärtlich mehrfach veränderte Zollgesetz auf unabsehbare Zeit verlängert, sondern gleichzeitig eine Reihe der wichtigsten Zollsätze auf Lebensmittel, Futtermittel und Industriewaren beständigsten Gebrauches gewaltig erhöht.

Das alte Getreide am 31. Dezember abgelassen ist, besteht kein Zweifel darüber, daß die Mehrheit der Zollwucherpartei mit Hilfe der reichsten Geschäftsordnung, der Redewortbedeutungen, Wortentstellungen und eventuell des Hinzuwachs von kommunistischen Abgeordneten den Entwurf noch vor Weihnachten durchgepeitscht wird. Die Sozialdemokratie wird den Industriellen und agrarischen Zollwuchern dabei aktive Helferdienste leisten. Sie wird ebenfalls gewarpen sein, ihre Rolle der Zollwucherpartei abzutreten und sich als Kampfer der Zollwucher zu betonen.

Die von der Heilmann-Müller-Regierung vorgezeichneten Zoll-erhöhungen auf Getreide, Futtermittel, Mehl, Aluminium und Schmelze haben durch den Reichsrat teilweise eine Erhöhung erfahren. Eine Anzahl ganz neuer Zollhöhen sind durch den Reichsrat dem Gesetz einverleibt worden. Die Zölle für Weizen, Roggen und Hafer werden noch über die Zollhöhen vom Sommer hinaus um 2.50 Mark für den Doppelpentner erhöht und sollen dem Ausland gegenüber als Mindestsätze gelten.

Ein Streit zwischen der Regierung einerseits, den Großagrarern und Getreidehändlern andererseits besteht nur noch in der Frage, ob diese Erhöhung so wie die Regierung will, ein „Zollfriede“ oder ein harter Zoll sein soll. Der Reichsrat hat sich in seiner Mehrheit für den Vorschlag der Regierung entschieden. Ausgenommen der preussische Staatssekretär Dr. Weismann hat jedoch im Auftrage der Braun-Grünlich-Regierung sich prinzipiell für die noch höheren Forderungen der Großagrarier ausgesprochen. Es wurde die Exportprämie für Roggen und Hafer auf 6 Mark, bei Weizen und Gerste auf 6.50 Mark für den Doppelpentner festgelegt, während der Zoll für Roggen und Hafer als Normalzoll auf 7 Mark festgelegt wurde, der bis zu 8 Mark steigen soll, falls der Preis unter 240 Mark die Tonne fallen sollte. Der Weizen soll „gleichermaßen“ zwischen 7.50 und 10 Mark, je nach dem Preisstand.

Diese Maßnahmen sind ein ungeheurer Angriff auf die Lebenshaltung der breitesten arbeitenden Massen. Die Tonne Roggen soll heute durchschnittlich 175 Mark. Sie wird durch das Zollgesetz auf 240 Mark und darüber. Die Weizenpreise werden erhöht von heute durchschnittlich 220 Mark die Tonne auf 270 und 280 Mark die Tonne. Mehl- und Brotpreise werden rasch folgen.

Den kleinen Bauern und halbproletarischen Zwergbetriibern wird durch die Erhöhung des Futterpreises von 2 auf 6 Mark die Schweinemast ungeheuer verteuert. Die Regierung will als Ausgleich auf Kosten der Steuerzahler und 500 000 Tonnen Roggen den Junkern abkaufen, durch Beihilfen von Schlemmerfreude oder Färbung durch Geld für die menschliche Nahrung und Brauchbar machen und zu verbilligten Preisen der Viehfütterung zuführen. 20 Millionen Reichsmark für diesen Zweck zur Verfügung. Es handelt sich aber in Wirklichkeit nicht um eine Hilfe für die Kleinbauern, sondern um ein Doppelspiel an die ostelbischen Junker, die bei steigenden Preisen ihren Roggen an die Regierung verkaufen, um ihn nachher mit einer Beihilfenprämie von 40 Mark die Tonne zurückzukaufen. Für die kleinen Schweinegüter bedeutet Roggen sein kostwertiger Ersatz für die Futtergerste.

Der Zoll für Vieh und Fleisch ist entsprechend den Oktober-Beschlüssen des Handelspolitischen Ausschusses erhöht worden. Er beträgt für lebende Rinder statt bisher 18 Mark jetzt 24.50 Mark den Doppelpentner. Auch diese Sätze sollen dem Auslande gegenüber als Mindestsätze gelten. Diese Sätze sind reine Prohibitivsätze, das heißt sie machen jede Einfuhr überhaupt unrentabel und geben den Viehmerktungsmonopolisten der Großbauern und den Viehhändlerverbänden ein vollkommenes Monopol. Für Arbeiter und kleine Bauern wird dadurch Fleisch noch mehr als heute zu einem unerschwinglichen Luxus.

Auch die Industrie erhält im neuen Zollgesetz ihren letzten Haken. Durch Annahme der sogenannten Genfer Empfehlungen des Völkerbundes hatte sich die deutsche Regierung verpflichtet, die bestehenden Ein- und Ausfuhrzölle aufzuheben. An ihre Stelle führt sie neue Sätze ein, die einem Einfuhrverbot mindestens gleichkommen. So wird ein Zulag neu eingeführt für Kobaluminium von

Heute 18 Uhr Bezirksparteiarbeiterkonferenz

im Bürgergarten, Dresden

1. Youngplan, Antikomunifengesetz und die Aufgaben der Partei. Die politische Bedeutung der Reichskonferenz.
2. Die Bedeutung der Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftskonferenz im Kampf gegen den Youngplan.

Jede Ortsgruppe und Zelle muß durch ihre Delegierten vertreten sein.

Sonntag geöffnet von 11 bis 6 Uhr